Initiative des villes: Politique sociale Organe de l'Union des villes suisses Städteinitiative Sozialpolitik Organisation des Städteverbandes

Integration - den Begriff erweitern

Debatte versachlichen und Herausforderungen annehmen

Nachhaltigkeit durch Integration

Nachhaltige Kostenrechnung

Mit Ergänzungsleistungen Armutsrisiken auffangen

Auf dem Weg zur sozialen Stadt

Soziale Stadt und Sozialpolitik als Verbundaufgabe

Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik

Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln Städteinitiative Sozialpolitik: Strategie 2015





Integration - den Begriff erweitern

In der Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik wird Integration zum Schlüsselbegriff. Er steht für die Vision einer Sozialen Stadt, in der Bewohnerinnen und Bewohner sich gesellschaftlich, beruflich, kulturell beteiligen. Eine Stadt mit Raum für eine Vielfalt von Menschen und Gruppen, die unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklichen können. Eine Stadt, die auch den Schwächeren Chancen bietet. Integration als Bild für Zugehörigkeit, Akzeptanz und Gleichwertigkeit, Integration als Prävention gegen sozialen Ausschluss.

Dies erfordert eine nachhaltige Politik, die den sozialen und den gebauten Lebensraum so gestaltet, dass er dem Zusammenleben von Kindern und Berufstätigen, Jungen und Alten, Menschen mit und ohne Schweizer Pass förderlich ist. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine integrierte Stadtentwicklung als Verbundaufgabe, die Bildung und Soziales, Gesundheit und Freizeit, Wirtschaft und Finanzen, Bauen, Kultur und Mobilität mit einschliesst und der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet ist.

Heute wird Integration assoziiert mit Ausländerinnen und Ausländern oder mit behinderten Menschen. In der Sozialhilfe meint soziale und berufliche Integration vor allem die Möglichkeit für alle, beschäftigt zu sein – mit Erwerbsarbeit oder gemeinnütziger Arbeit. Die Städteinitiative Sozialpolitik will diesen eng verstandenen Begriff öffnen.

Herausgeberin

Städteinitiative Sozialpolitik www.staedteinitiative.ch

Redaktion

Frauke Sassnick Spohn, Sa.S. Büro für Sozialpolitik, Winterthur Kapitel Sozialhilfe: Rolf Maegli, Basel Kurzfassung: Marietherese Schwegler, Kommunikationsberatung, Luzern

Fachbegleitung

Michael Hohn, Bern Heidi Gstöhl, St. Gallen Rolf Maegli, Basel Jeannine Meier, Aarau Ernst Reimann, Zürich Ernst Schedler, Winterthur

Gestaltung

Arnold & Braun Grafik Design, Luzern

Druck

Eicher Druck AG, Horw

Bestelladresse

c/o Stadt Luzern, Sozialdirektion, Hirschengraben 17, 6002 Luzern

Die vollständige Fassung der Strategie 2015 kann im Internet heruntergeladen werden: www.staedteinitiative.ch

Die Strategie 2015 wurde am 9. November 2007 an der Herbstkonferenz in Grenchen durch die Mitglieder der Städteinitiative Sozialpolitik verabschiedet.



Auf dem Weg zur Sozialen Stadt mit einer breit angelegten Politik

Die sozialpolitische Debatte wurde in den Jahren vor und seit 2000 weitgehend reduziert auf Fragen der Finanzierung und der Kosten. Auch die Medien stellen vor allem die Sozialhilfe und die Invalidenversicherung ins Zentrum – und hier wiederum die Missbrauchsthematik, die an Einzelfällen illustriert wird. Soziale Faktoren hingegen, die Ursachen von Desintegration und Armut, ungleiche Bildungschancen, prekäre Arbeitsverhältnisse sind in den Hintergrund geraten.

Prävention und Integration durch Vernetzung mehr gewichten

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt dieser eindimensionalen Sicht nun einen ganzheitlichen Ansatz entgegen. Sie hat eine Strategie verabschiedet, die unter dem Titel «Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln» den Blick über die nach wie vor zentrale Frage der Existenzsicherung hinaus öffnet und das Modell einer Sozialen Stadt entwirft. Sie lanciert darin eine Sozialpolitik, die Prävention und Integration als Ziele in den Vordergrund stellt. Sie plädiert für ein vernetztes Vorgehen. Zunächst thematisch, indem sie vorschlägt, die Sozialpolitik mit Bildung, Gesundheit, Migration, Wohnen, ja der gesamten Stadtentwicklung zu koordinieren. Dann plädiert sie für Vernetzung und Koordination auch zwischen Stadt und Kanton, Städten und Bund. Denn diese integrative Politik können die Städte alleine nicht umsetzen. Aber sie verpflichten sich, ihren Part zu übernehmen.

Die Meinungsbildung anregen

Die Strategie 2015 ist ein ehrgeiziges Projekt. Die Städteinitiative Sozialpolitik will mit diesem nachhaltigen Ansatz der sozialpolitischen Debatte einen Impuls verleihen, ihn bei verschiedenen Akteuren und potenziellen Partnern bekannt machen und die Meinungsbildung anregen – mit dem Ziel, schrittweise Kooperationen zwischen Verantwortlichen verschiedener Politikfelder in den Städten, den Kantonen und dem Bund einzugehen. Die vorliegende Kurzfassung der Strategie ist ein Mittel dazu.

Ruedi Meier

Präsident Städteinitiative Sozialpolitik Stadtrat, Sozialdirektor der Stadt Luzern

Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln

Die Städteinitiative Sozialpolitik verfolgt seit den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts beharrlich ihre Anliegen:

- auf sozial- und gesellschaftspolitische Herausforderungen hinzuweisen, die sich in den Städten oft zuerst und am deutlichsten manifestieren,
- innovativ auf Probleme zu reagieren und den Austausch unter den Städten zu pflegen,
- die Stimmen der Städte zu stärken, gegenüber den Kantonen, dem Bund und der Öffentlichkeit,
- auf eine verbesserte Zusammenarbeit und eine gemeinsame Strategie aller Akteure – Bund, Kantone und Gemeinden, aber auch Wirtschaft und private Institutionen – hinzuwirken.

An die langjährige Erfahrung und die in vielen Punkten erfolgreiche Arbeit knüpft die Städteinitiative Sozialpolitik mit der Strategie 2015 an, mit der sie die Richtung für die Politik der kommenden Jahre vorgibt. Sie hält an den Kernforderungen fest, die hauptsächlich die Existenzsicherung für alle zum Ziel haben. Künftig öffnet sie jedoch den Fokus auf eine vermehrt präventiv und nachhaltig wirkende Politik – im Sinn der einleitend definierten, umfassenden Integrationspolitik.

Dazu verpflichten sich die Mitgliedstädte zuerst selber. Die Städteinitiative Sozialpolitik fordert aber auch verbindlich mehr Mitsprache auf Bundesebene und beruft sich auf Artikel 50 der Bundesverfassung, der verlangt, dass auf die besondere Situation der Städte Rücksicht zu nehmen sei.

Debatte versachlichen und Herausforderungen annehmen

Die sozialpolitische Debatte ist zunehmend polarisierend und wird der sozialen Wirklichkeit kaum gerecht. Sie vereinfacht und reduziert auf Einzelfälle, statt strukturelle Probleme zu benennen:

- Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse und in der Folge Einkommensschwäche, Armut und soziale Desintegration nehmen zu.
- Bildungschancen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind ungleich verteilt.
- Sozialhilfe und Sozialversicherungen stehen unter Legitimationsdruck; die Missbrauchsthematik überschattet andere Mängel, aber auch die tatsächlichen Leistungen.
- Kosten für die soziale Sicherung werden zunehmend auf die Sozialhilfe und damit auf die Städte verlagert.
- Die soziale Sicherung wird in Einzelsystemen statt als Gesamtes betrachtet; eine vernetzte Weiterentwicklung fehlt.
- Investitionen in präventive Ansätze, zum Beispiel die Frühförderung von Kindern, haben zu wenig Gewicht.

Die Städteinitiative Sozialpolitik will mit der Strategie 2015 die Debatte versachlichen und einen konsequent präventiven Ansatz zur Diskussion stellen. Die politische Kommunikation wird zu diesem Zweck verstärkt.



Nachhaltigkeit durch Integration

Sozialpolitik hat die Aufgabe, soziale Ungleichheiten zu mindern, die materielle Existenz aller zu sichern und Armut und Armutsgefährdung zu bekämpfen. Eine nachhaltige Sozialpolitik, wie sie die Städteinitiative Sozialpolitik anstrebt, setzt einen weiteren Schwerpunkt bei der Integrationsförderung. Es geht darum, die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens für alle Bevölkerungsgruppen so zu gestalten, dass sie präventiv gegen sozialen Ausschluss und Armut wirken. Damit können hohe materielle und gesellschaftliche Folgekosten vermieden werden. Gefordert sind Massnahmen zur Integration in den Regelstrukturen Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitspolitik, Soziale Sicherheit. Integration im engeren Sinn ist auch in der Sozialhilfe zu verstärken.

Desintegration verhindern heisst vorausschauend und rechtzeitig handeln. Dazu brauchen die Städte Frühwarnsysteme; kontinuierliche Beobachtung von gesellschaftlichen Entwicklungen, Früherkennung, Sozialberichterstattung sind Instrumente dazu.

Nachhaltige Kostenrechnung

Nachhaltigkeit ist auch bei den Kosten einer klugen Sozialpolitik angesagt. Eine nachhaltige Budgetierung berücksichtigt nicht nur den Aufwand, sondern ebenso die mittel- und langfristigen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erträge und verhinderten Schäden von Investitionen. Erst so wird die viel geforderte Kostenwahrheit sichtbar. Dieser noch selten praktizierte Ansatz einer nachhaltigen Budgetierung verdient es, angesichts des Spannungsfeldes zwischen sozialpolitischem Bedarf und finanzpolitisch engem Spielraum, vermehrt beachtet zu werden.

Mit Ergänzungsleistungen Armutsrisiken auffangen

Die Soziale Sicherheit muss gesichert und an die neuen Realitäten angepasst werden. Hierfür stellen die Ergänzungsleistungen zu den Sozialversicherungen ein tragfähiges Modell dar, mit dem auch weitere strukturelle Armutsrisiken aufgefangen werden können, vor allem

- das Armutsrisiko Kinder
- das Armutsrisiko Frühpensionierung
- das Armutsrisiko Pflegebedürftigkeit.

Bis solche Ergänzungsleistungen auf Bundesebene eingeführt sind, werden noch Jahre vergehen. Zeit, in der die Städte einmal mehr einen Schritt vorausgehen und mit der Ausrichtung von Zusatzleistungen auf kommunaler Ebene Armut bekämpfen können.



Auf dem Weg zur sozialen Stadt

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich dafür ein, dass das Soziale in der strategischen Stadtentwicklung künftig stärker gewichtet wird. Lebensqualität und soziale Integration für alle werden als Ziele aufgewertet. Stadtentwicklung bündelt zielgerichtet Massnahmen aller Politikfelder: Gesundheit, Bildung, Arbeiten, Wohnen, Kultur und Sport sowie Soziales. Für die Lebens- und Standortqualität sind die verschiedenen Formen des Zusammenlebens ebenso wichtig wie materielle Ressourcen und die Umweltqualität. Letztlich bestimmt die Qualität der sozialen Integration, wie sich das Verhältnis zu benachteiligten Menschen gestaltet; wie kinderfreundlich das Wohnumfeld ist; wie das Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung gelingt; ob Konflikte unter Jugendlichen konstruktiv gelöst werden oder in Gewalt ausarten. Verschiedenste Akteure fördern auf ihre Art und Weise Integration: die Zivilgesellschaft, Freiwillige, private Organisationen, Vermieter, Kirchen, Schulen, die Wirtschaft und die öffentliche Hand. Stadtentwicklung hat auch die Agglomeration mit einzubeziehen, denn die sozialen Problemzonen verlagern sich zunehmend in die Vorstädte.



Um die Vision der Sozialen Stadt zu konkretisieren, müssen unter anderem folgende Ziele und Aufgaben umgesetzt werden:

- Frühförderungsangebote, familienergänzende Kinderbetreuung, Erziehungs- und Gesundheitsberatung sind niederschwellig zugänglich, Schulsozialarbeit wird flächendeckend angeboten.
- Jugendliche werden beim Übergang von der Schule in die Ausbildung bei Bedarf unterstützt.
- Familienfreundliche Arbeitsmodelle, Gleichstellung und Weiterbildung werden gefördert, nicht formelle Erfahrungen und Leistungen vermehrt anerkannt.
- Selbstständigkeit im Alter wird mit geeigneten Massnahmen in der Alters-, Gesundheits- und Wohnungspolitik unterstützt; ambulante Dienste ermöglichen den möglichst langen Verbleib in der eigenen Wohnung und soziale Kontakte.

Soziale Stadt und Sozialpolitik als Verbundaufgabe

Die neue, auf Prävention und Integration setzende Strategie kann die Städteinitiative Sozialpolitik nicht im Alleingang umsetzen. Der thematisch breite Ansatz erfordert Koordination und Kooperation; zunächst innerhalb der Städte über die verschiedenen Politikfelder hinweg, aber auch zwischen den drei staatspolitischen Ebenen. Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt auf gemeinsame Ziele und partnerschaftliche Modelle der Zusammenarbeit mit den Kantonen und dem Bund.

Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik bietet Bund und Kantonen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit an.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- bekennt sich zum kooperativen Föderalismus,
- setzt sich dafür ein, dass die Städte bei den für die kommunale Sozialpolitik relevanten Geschäften und Legiferierungsvorhaben von Anfang an, nicht erst in der Vernehmlassung, einbezogen sind,
- plädiert dafür, dass Städte, die innovative Problemlösungen erarbeiten, bei der Umsetzung angemessene Unterstützung durch Bund und Kantone erfahren.

Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine präventive Sozialpolitik.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- plädiert für eine präventive Sozialpolitik mit den gleichgewichtigen Pfeilern Existenzsicherung und Integrationsförderung,
- greift das Thema Prävention mit Fokus Kinder als neues Kerngeschäft auf,
- kommuniziert ihr Verständnis von präventiver Sozialpolitik als Verbundaufgabe.

Die Städteinitiative Sozialpolitik vernetzt und kommuniziert.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- kann eine präventive Sozialpolitik nicht selber umsetzen und setzt deshalb auf Allianzen und Vernetzung,
- kommuniziert ihre Positionen und sucht den Dialog mit Politik, Fachwelt und Öffentlichkeit,
- kommuniziert die positiven Leistungen der Sozialhilfe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (sozialer Friede).



Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich ein für mehr Koordination in der Sozialen Sicherheit.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- setzt sich ein für eine solide Finanzierungsbasis der Sozialen Sicherheit und eine Finanzpolitik, die die hohen Zentrumslasten der Städte anerkennt und ausgleicht,
- setzt sich zur Wehr gegen Kostenverlagerungen zwischen den Systemen der Sozialen Sicherheit zu Lasten der kommunalen Ebene und der Sozialhilfe,
- plädiert für die Einrichtung eines «Trialogs Sozialpolitik Schweiz», analog zur Nationalen Gesundheitspolitik,
- postuliert auf Bundesebene ein Rahmengesetz für mehr Koordination und eine einheitliche Steuerung der Systeme der sozialen Sicherheit,
- erachtet die bessere Abstimmung der kantonalen Steuersysteme mit der Sozialhilfe sowie eine verbesserte Koordination der verschiedenen kantonalen bedarfsabhängigen Sicherheitssysteme als zwingend, um negative Schwelleneffekte beim verfügbaren Einkommen zu reduzieren oder aufzuheben,
- setzt sich ein sich für die Einführung von Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien.

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich ein für Integrationsförderung.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- greift das Thema Integrationsförderung als neues Kerngeschäft auf,
- schlägt eine Öffnung des Integrationsbegriffs vor.
- postuliert, dass die Reduktion von Integrationspolitik auf Ausländerpolitik zu kurz greift,
- setzt sich ein für die Stärkung aller Familien und die Förderung von Kindern und Jugendlichen,

- setzt sich ein für eine zielgerichtete, koordinierte Unterstützung von gefährdeten Kindern und Jugendlichen,
- unterstützt die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule der EDK, (HarmoS-Konkordat) vom 14. Juni 2007,
- unterstützt die Koordinationsbemühungen von EDK, SODK und VDK zur beruflichen und sozialen Integration junger Menschen,
- setzt sich ein für den verstärkten Einbezug der Sozialplanung in der Stadtentwicklungspolitik,
- sucht den Dialog zum Thema Stadtentwicklung und positioniert das Thema Soziale Stadt als Verbundaufgabe.

Die Städteinitiative Sozialpolitik sorgt für die Balance zwischen Zielen und Ressourcen.

Die Zielsetzungen der Strategie 2015 sind ambitiös. Sie beruhen auf dem gestiegenen Stellenwert und der zunehmenden politischen Beachtung der Städte einerseits sowie den steigenden Zentrumslasten andererseits. Die Umsetzung liegt in vielen Bereichen nicht in der Zuständigkeit der Städteinitiative Sozialpolitik.

Für die Umsetzung der Zielsetzungen im Zuständigkeitsbereich der Städteinitiative Sozialpolitik sind entsprechende Ressourcen erforderlich. In denjenigen Handlungsfeldern, wo sie selber tätig sein kann und will, nimmt die Städteinitiative Sozialpolitik eine Prioritätensetzung vor, die laufend nach politischen Kriterien und vorhandenen Ressourcen angepasst wird. Je nachdem wird das Engagement der Städteinitiative Sozialpolitik unterschiedlich intensiv ausfallen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik kommuniziert proaktiv, kontinuierlich und professionell über ihre Arbeit. Die Mitglieder der Städteinitiative Sozialpolitik: Aarau · Adliswil · Arbon · Baar

Baden · Basel · Bellinzona · Bern · Biel · Binningen · Chur · Emmen · Frauenfeld

Fribourg · Genf · Gossau · Grenchen · Horgen · Illnau-Effretikon · Kloten · Kreuzlingen

La-Chaux-de-Fonds · Lancy · Lausanne · Lugano · Luzern · Martigny · Meyrin

Montreux · Morges · Münchenstein · Neuenburg · Nyon · Olten · Onex · Peseux

Renens · St. Gallen · Schaffhausen · Schlieren · Sion · Solothurn · Spiez · Thalwil

Thun · Uster · Vevey · Wetzikon · Winterthur · Yverdon-les-Bains · Zug · Zürich

November 2007

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- vertritt die sozialpolitischen Anliegen der Städte gegenüber dem Bund und den Kantonen.
- setzt sich dafür ein, die Systeme der Sozialen Sicherung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden besser aufeinander abzustimmen.
- vernetzt rund 50 Mitgliedstädte und ist eine Organisation des Schweizerischen Städteverbands.

www.staedteinitiative.ch

